

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Ukraine-Krieg

Preisdeckel für russisches Öl

Seite 3

IM FOKUS

Nachhaltiger Handel

EU kappt Warenimporte aus Regenwald-Abholzung

Seite 4

Rechtsstaatlichkeit

Fördergelder für Ungarn liegen vorerst auf Eis

Seite 5



Die EU-Kommission will dafür sorgen, dass bis 2030 alle Verpackungen in der EU recyclingfähig werden. Außerdem sollen deutlich mehr Verpackungen als bisher wiederverwendet werden.

© Shutterstock

WIEDERAUFBAU DER UKRAINE

EU will eingefrorene russische Vermögen nutzen

Die EU-Kommission will beschlagnahmte russische Vermögenswerte für den Wiederaufbau der Ukraine einsetzen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte: „Die schrecklichen Verbrechen Russlands werden nicht ungesühnt bleiben.“ Die Präsidentin ergänzte: „Wir haben 300 Milliarden Euro an Rücklagen der russischen Zentralbank blockiert und wir haben 19 Milliarden Euro von russischen Oligarchen eingefroren.“ Die Schäden infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine werden auf 600 Milliarden Euro geschätzt. Die EU-Kommission regte an, für die anfallenden Kosten auch russische Vermögenswerte heranzuziehen, die auf Konten in der EU eingefroren sind. Zudem unterstützt sie Pläne für ein neues Strafgericht, um russische Kriegsverbrechen zu ahnden.

■ Schadensersatz für Kriegsschäden

EUROPÄISCHER GRÜNER DEAL

EU-Kommission setzt auf weniger Verpackungsmüll

Im Rahmen des europäischen Grünen Deals hat die EU-Kommission eine Reihe von Initiativen vorgelegt, um den Verpackungsmüll in Europa zu verringern und die Wiederverwertung der eingesetzten Materialien auszubauen. So sollen bis 2030 alle Verpackungen in der EU recyclingfähig sein. Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission und zuständig für den europäischen Grünen Deal, erklärte: „Unsere Vorschläge verringern Verpackungsmüll, fördern Wiederverwendung und Nachfüllen, steigern den Einsatz recycelter Kunststoffe und erleichtern das Recycling von Verpackungen.“

> EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius betonte die praktische Bedeutung des Vorhabens und sagte: „Uns allen wurden schon Online-Bestellungen in übertrieben großen Kartons zugestellt.“ So landen in der EU im Jahresdurchschnitt rund 177 Kilogramm Verpackungsabfall pro Einwohner im Müll, in Deutschland liegt der Wert bei 226 Kilogramm. Dabei entfallen europaweit gut 40 Prozent des Verpackungsabfalls auf Pappe und Papier sowie 19 Prozent auf Plastik. Die EU-Kommission dringt darauf, den Verpackungsmüll zu vermindern. Sinkevičius erklärte: „Wir schaffen die Voraussetzungen für die Umsetzung der Grundsätze der Kreislaufwirtschaft: reduzieren, wiederverwenden, wiederverwerten.“

So sieht der Vorstoß der EU-Kommission unter anderem vor:

> **Reduzierung von Verpackungsabfall:** Der Vorschlag enthält erstmals verbindliche Ziele für die Verringerung der Verpackungsabfälle je Mitgliedstaat und Einwohner. So soll bis zum Jahr 2040 die Pro-Kopf-Menge an Verpackungsmüll in der EU (bezogen auf das Jahr 2018) um 15 Prozent sinken. Das Umweltziel wird in zwei Stufen angegangen. Angestrebt wird, bis 2030 den Abfall aus Verpackungen um 5 Prozent zu verringern und bis 2035 um 10 Prozent. Sinkevičius sagte: „Mit den neuen Vorschriften schlagen wir grundlegende Schritte vor, um nachhaltige Verpackungen in der EU zur Norm zu machen.“ >>

„Nachhaltigere Verpackungen und Biokunststoffe bringen neue Geschäftschancen.“

Virginijus Sinkevičius,
EU-Umweltkommissar

>> > **Wiederverwenden von Verpackungen:** Ein Kaffee zum Mitnehmen, ein kurzer Stopp im Schnellrestaurant – pro Kopf fällt in der EU täglich rund ein halbes Kilo Verpackungsmüll an. Die EU-Kommission dringt darauf, unnötige Verpackungen zu vermeiden. So sollen bis Ende des Jahrzehnts 20 Prozent der Getränke in Mehrwegbechern ausgeschenkt werden, bis 2040 sogar 80 Prozent. Für Essen zum Mitnehmen wird bis 2030 eine Quote von 10 Prozent an Mehrweggeschirr angestrebt, bis 2040 soll der Anteil auf 40 Prozent steigen. Im Online-Handel ist vorgesehen, dass bis 2030 ein Zehntel der Transportverpackungen wiedereingesetzt werden, bis 2040 soll jede zweite Verpackung wiederverwendbar sein. Auf unnötige Einwegprodukte wie kleine Shampoo-Fläschchen in Hotels soll komplett verzichtet werden. Timmermans erklärte: „Den europäischen Bürgerinnen und Bürgern ist daran gelegen, überflüssige und unnötig sperrige Verpackungen zu vermeiden.“

> **Wiederverwerten von Verpackungsmaterial:** Der Vorschlag der Kommission sieht vor, dass bis 2030 alle Verpackungen in der EU recyclingfähig sind. Zudem setzt die Initiative auf verbindliche Quoten, die festlegen, wieviel wiedergewonnenes Material in Verpackungen verarbeitet wird. Eine klare und EU-weit einheitliche Kennzeichnung soll es Verbraucherinnen und Verbrauchern zudem erleichtern, ihre Abfälle besser zu tren-

nen und einfacher in Recyclingsysteme einzuspeisen. Zusätzlich schlägt die EU-Kommission ein Pfandsystem für Plastikflaschen und Dosen vor. Außerdem dringt die Kommission darauf, die Wiederverwertung durch smartes Design von Produkten und Verpackung zu erhöhen.

Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament müssen dem Gesetzespaket noch zustimmen.

Positive Klima- und Jobeffekte

Das Vorhaben nützt Umwelt und Wirtschaft. So wird das Klima durch Wiederverwertung von Rohstoffen bis 2030 um bis 23 Millionen Tonnen Kohlendioxid entlastet, ebenso lassen sich durch die Umsetzung der Kreislaufwirtschaft rund 1,1 Millionen Kubikmeter Wasser einsparen. Zudem geht die EU-Kommission davon aus, dass in der Recyclingbranche bis 2030 rund 600.000 neue Arbeitsplätze entstehen.

Bereits im März 2020 hatte die EU-Kommission den Aktionsplan Kreislaufwirtschaft vorgelegt. Ziel ist es, die Haltbarkeit von Produkten zu verlängern und eingesetzte Rohstoffe wiederzuverwerten. Im März dieses Jahres folgten Initiativen zum nachhaltigen Bauen, zu klimaschonender Mode sowie Öko-Design und ein Recht auf Reparatur. Sinkevičius erklärte: „Am Ende ihrer Lebensdauer werden die Produkte nicht zur Umweltverschmutzung beitragen, sondern neue Werkstoffe für die Wirtschaft liefern und so die Abhängigkeit europäischer Unternehmen von Importen verringern.“ (pr) >|

■ Weniger Verpackungsmüll

QU.A.L.I.T.Y – EU-Regeln für CO₂-Entnahme

Kohlendioxid aus der Luft zu entfernen und beispielsweise im Wald zu binden oder unter der Erde zu speichern, ist eine Möglichkeit, das Klima zu schonen. Die EU-Kommission hat ein Zertifizierungsverfahren zur Kohlendioxid-Entnahme vorgelegt: QU.A.L.I.T.Y. So müssen die Verfahren ausreichend quantifiziert werden. Die Maßnahmen sollen auch einen zusätzlichen Nutzen bringen. Die Speicherung muss langfristig erfolgen und eine Nachhaltigkeit – englisch: Sustainability – beweisen. Exekutiv-Vizepräsident Frans Timmermans erklärte: „Um Klimaneutralität zu erreichen, müssen wir die Treibhausgasemissionen drastisch senken, aber auch CO₂ aus der Atmosphäre entfernen.“

Kreislaufwirtschaft – Warum sind Maßnahmen erforderlich?



2020 fielen in den 27 EU-Mitgliedstaaten **177 Kilogramm** Verpackungsabfälle pro Person an, das entspricht einer Gesamtmenge von **79,3 Millionen Tonnen**.



Auf Verpackungen entfallen so viele **CO₂-Emissionen** wie auf ein kleines bis mittelgroßes EU-Land.

Quelle: EU-Kommission

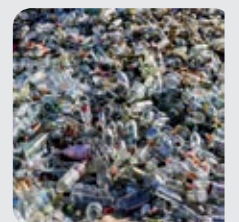
Etwa **40 Prozent** des in der EU verwendeten Kunststoffs und **50 Prozent** des Papiers sind für Verpackungen bestimmt.



Verpackungsabfälle verursachen Bodenverschmutzung und machen **etwa die Hälfte** der Abfälle im Meer aus.



Die Wiederverwendung von Verpackungen ging in den vergangenen **zehn Jahren** drastisch zurück.



Die Menge der Verpackungsabfälle in der EU wird **bis 2030** um weitere **19 Prozent** steigen, wenn wir nicht handeln.

Bilder: Shutterstock

UKRAINE

EU und ihre Partner legen Preisgrenze für russisches Öl fest

Die EU-Kommission hat die Einigung von Mitgliedstaaten, G7 und Australien über eine Obergrenze für russische Öl-Exporte begrüßt. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte: „Der Beschluss wird Russlands Einnahmen noch stärker beschneiden und seine Fähigkeit, Krieg in der Ukraine zu führen, einschränken. Er wird uns auch dabei helfen, die globalen Energiepreise zu stabilisieren, was weltweit Ländern zugutekommt, die derzeit mit hohen Ölpreisen konfrontiert sind.“

EU-Staaten sowie die Länder der G7 und Australien vereinbarten, dass Reedereien aus den Vertragsstaaten künftig nur russische Öl-Exporte bis zur einer Preisgrenze von 20 Prozent unter dem Weltmarktniveau verschiffen dürfen. Derzeit liegt das Limit bei 60 Dollar je Barrel. Auch dürfen in diesen Ländern die Schiffsladungen ab dieser Preisgrenze nicht mehr versichert werden. Für die EU gilt darüber hinaus seit dem

5. Dezember ein Embargo für russische Öl-Einfuhren per Schiff. Deutschland will außerdem bis zum Jahresende auch auf russische Ölimporte über die Druschba-Pipeline verzichten. Die EU-Staaten verständigten sich zudem darauf, Verstöße gegen Sanktionen einheitlich zu ahnden.

Öl embargo

REGIONALVERTRETUNG

Deckarm übernimmt Leitung in München

Renke Deckarm hat zum 1. Dezember die geschäftsführende Leitung der Regionalvertretung der EU-Kommission in München übernommen. Diese Funktion hatte bisher Jörg Wojahn, Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland, zusätzlich zu seinen Aufgaben in Berlin übernommen. Wojahn sagte: „Renke Deckarm hat mich in den vergangenen zwei Jahren in der Regionalvertretung stark unterstützt und in der täglichen Arbeit bereits einen Großteil der Führungsaufgaben vor Ort übernommen.“

Deckarm ist seit zwei Jahren Sprecher der Regionalvertretung in München und wird diese Funktion neben seiner neuen Aufgabe weiterhin ausüben. Der promovierte Politologe arbeitete zuvor für die Kommission am Hauptsitz in Brüssel. Die Regionalvertretung der Kommission in München ist für Bayern und Baden-Württemberg zuständig, sie erläutert die EU-Politik und berichtet über aktuelle Entwicklungen in den beiden Bundesländern.

Regionalvertretung München

LUFTFAHRT

Strategie zur Förderung der Drohnen-Technik

Die EU-Kommission will den Einsatz von Drohnen ausbauen. Der Europäischen Drohnenstrategie 2.0 zufolge sollen Drohnen bei Kartierung, Notfalldiensten sowie dringlichen Arzneilieferungen bis 2030 zum Standard gehören. Zudem soll die Cybersicherheit von Drohnen gefördert werden. EU-Verkehrskommissarin Adina Vălean sagte: „Die neue Strategie erweitert nicht nur die Fähigkeit Europas, den kommerziellen Drohnenbetrieb in großem Maßstab weiterzuverfolgen, sondern eröffnet vor allem kleinen und mittleren Unternehmen neue Chancen.“

Insgesamt rechnet die EU-Kommission bis 2030 mit einem Drohnenmarkt von bis zu 14,5 Milliarden Euro. Zudem könnten 145.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Der Einsatz der Luftgeräte ist in vielen Bereichen bereits Standard, so etwa im Handwerk bei der Zustandserfassung von Gebäuden oder bei Rettungsdiensten wie der Feuerwehr.

Strategie für den europäischen Drohnenmarkt

SUBVENTIONEN

EU-Kommission äußert Bedenken am US-Gesetz zur Verringerung der Inflation

Beim dritten Treffen des EU-US-Handels- und Technologierates (Trade and Technology Council, TTC) hat die EU-Kommission ihre Bedenken am US-Gesetz zur Verringerung der Inflation – Inflation Reduction Act (IRA) – bekräftigt. Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission, erklärte: „Wenn wir auf beiden Seiten des Atlantiks wirklich wettbewerbsfähige Märkte für die grüne und digitale Wirtschaft schaffen wollen, muss sich der TTC auch mit Handelsstreitigkeiten und -hindernissen befassen.“ Das US-Gesetz mobilisiert rund 360 Milliarden Euro. Die EU-Kommission fürchtet marktverzerrende Wirkungen.

So hatte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in einer Rede am Europa-Kolleg in Brügge erklärt: „Es besteht die Gefahr, dass das IRA zu unlauterem Wettbewerb führt, die Märkte abschotten könnte und die gleichen kritischen Lieferketten unterbrechen würde, die bereits durch COVID-19 auf die Probe gestellt wurden.“ Auf dem Treffen des TTC betonten beide Seiten Gemeinsamkeiten. So wollen EU und USA einheitliche Standards für eine vertrauenswürdige Künstliche Intelligenz (KI) entwickeln. Das gemeinsame Gremium war im Vorjahr gegründet worden, um sich in Handelsfragen besser abzustimmen.

Handelsgespräche

NACHHALTIGER HANDEL

Palmöl, Rindfleisch, Soja – EU kappt Warenimporte aus Regenwald-Abholzung

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und das Europäische Parlament haben eine Initiative der EU-Kommission zum Schutz des Regenwaldes gebilligt. Demnach dürfen Waren wie Soja, Kaffee, Kakao, Holz und Kautschuk sowie daraus hergestellte Güter wie Rindfleisch, Möbel oder Schokolade künftig nicht mehr in die EU eingeführt werden, wenn für ihre Gewinnung Regenwald abgeholzt wurde.



In Indonesien befinden sich nach Angaben des NABU noch mehr als 10 Prozent des weltweiten Regenwaldes. Doch die Wälder sind stark gefährdet, denn wo Palmölplantagen entstehen, verschwindet der Wald.

> Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission und zuständig für den europäischen Grünen Deal, erklärte: „Die Entwaldung zu bekämpfen ist eine dringende Aufgabe für diese Generation und ein umfangreiches Vermächtnis, das für die nächste Generation hinterlassen wird.“

Die EU-Kommission hatte die Initiative für eine EU-Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten im vergangenen Jahr vorgelegt, sie wurde innerhalb von zwölf Monaten verabschiedet. Beim Handel mit Waren aus Regenwaldregionen muss künftig nachgewiesen werden, dass die Produkte von Flächen stammen, die nicht nach dem 31. Dezember 2020 gerodet wurden. Timmermans erklärte: „Wenn wir den ökologischen Wandel in der Europäischen Union vollziehen, wollen wir auch dafür sorgen, dass unsere Wertschöpfungsketten ebenfalls nachhaltiger werden.“

Große Unternehmen haben 18 Monate Zeit, um sich auf die neue Regelung einzustellen. Kleineren Firmen wird eine längere Übergangsfrist eingeräumt. Um den Nachweis zu erbringen, dass Waren wie Soja, Kakao und Rindfleisch tatsächlich aus entwaldungsfreier Herstellung stammen, setzt die EU auf ein doppeltes System. Unternehmen sind verpflichtet, genaue Angaben über die geografische Lage der Nutzflächen ihrer Lieferanten zu machen. Die EU-Kommission wiederum führt eine Klassifizierung ein, in der die Exportländer das

Gefährdungspotenzial von Anbauflächen mit Blick auf Regenwaldrodung in die Kategorien hoch, normal und gering einstufen. EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius betonte: „Damit uns dies gelingt, werden wir eine effiziente und enge Zusammenarbeit sowohl mit den Verbraucher- als auch mit den Erzeugerländern aufbauen, um einen reibungslosen Prozess zu gewährleisten.“

Zeichen an die COP15

Der Schutz des Regenwaldes hat große Auswirkungen auf die biologische Vielfalt und den Klimaschutz. Die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) schätzt, dass zwischen 1990 und 2020 weltweit rund 420 Millionen Hektar Wald gerodet wurden. Der Weltklimarat IPCC geht davon aus, dass ein Zehntel der vom Menschen verursachten Treibhausgasemissionen zwischen 2006 und 2017 auf Forstwirtschaft und Entwaldung zurückzuführen sind.

Sinkevičius betonte die Bedeutung des Regenwaldes für die Erhaltung der Artenvielfalt: „Mit diesem Übereinkommen am Vorabend der entscheidenden globalen Konferenz in Montreal zum Schutz der biologischen Vielfalt (COP15) sendet die EU ein starkes Signal an die übrige Welt, dass sie entschlossen ist, die Ursachen der weltweiten Entwaldung anzugehen, die massiv zum Klimawandel und dem Verlust an biologischer Vielfalt beiträgt.“

Auf der UN-Artenschutzkonferenz COP15 in Montreal wird bis zum 19. Dezember über Maßnahmen zum Erhalt der biologischen Vielfalt beraten. Die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten dringen in Montreal auf ein ehrgeiziges Abkommen zum Schutz der biologischen Vielfalt. So sollten 30 Prozent der Land- und Meeresflächen geschützt werden, um die Biodiversität zu fördern. Ebenso sollten drei Milliarden Hektar geschädigter Land- und drei Milliarden Hektar zerstörter Meeres-Ökosysteme wiederhergestellt werden. Sinkevičius betonte zum Auftakt der Konferenz: „Die Natur ist ein grundlegender Baustein eines gesunden und produktiven Planeten, der unsere Nahrung und unseren Lebensunterhalt liefert und uns hilft, den Klimawandel zu bekämpfen.“ Er fügte hinzu: „Lassen Sie uns Montreal zu einem Moment für die Natur machen.“ (pr) >|

■ *Schutz des Regenwaldes*

Bundestag ratifiziert CETA

Die EU-Kommission hat die Ratifizierung des CETA-Handelsabkommens der EU mit Kanada im Deutschen Bundestag begrüßt. Valdis Dombrovskis, für Handel zuständiger Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission, erklärte: „Die Zusammenarbeit mit verlässlichen Partnern wie Kanada in einem solchen Abkommen ist in diesen geopolitisch schwierigen Zeiten sehr wichtig.“ CETA setzt auch auf die Einhaltung strenger Umweltregeln. Das Abkommen ist seit 2017 vorläufig in Kraft. Teile werden bereits angewandt. Erst wenn alle EU-Mitgliedstaaten den Vertrag ratifizieren, kann die Übereinkunft vollständig umgesetzt werden. Die Entscheidung im Bundesrat steht noch aus.

RECHTSSTAAT

EU-Kommission friert Fördergelder für Ungarn vorerst ein

Die EU-Kommission hat Ungarns Corona-Aufbauplan gebilligt, hält die Auszahlung der Hilfen aus dem Corona-Aufbauprogramm – Recovery and Resilience Facility (RRF) – aber vorerst ebenso zurück wie einen Teil der Fördergelder aus dem EU-Haushalt. Vor der Freigabe der Mittel mahnte die Kommission zunächst die Umsetzung rechtsstaatlicher Reformen in dem Land an. Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission, erklärte: „Es werden keine Gelder fließen, bis die Reformen ausreichend umgesetzt sind.“ EU-Justizkommissar Didier Reynders stellte klar: „Es wird auch keine Teilauszahlungen für Teile der Reformen geben.“



> Die EU-Kommission hatte im April dieses Jahres ein Verfahren gegen Ungarn eingeleitet. Grundlage ist der Konditionalitäts-Mechanismus zum Schutz des europäischen Haushaltes, der die Vergabe von EU-Mitteln an die Einhaltung rechtsstaatlicher Kriterien knüpft. So prüft die Kommission:

> **Kohäsionsfonds:** Im September hatte die EU-Kommission erstmals europäische Gelder für Ungarn aus drei EU-Programmen des Kohäsionsfonds eingefroren und insgesamt 7,5 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt bis 2027 zurückbehalten. Zugleich mahnte die Kommission innerhalb von zwei Monaten rechtsstaatliche Reformen an, die zwar eingeleitet, aber noch nicht ausreichend umgesetzt wurden. EU-Haushaltskommissar Johannes Hahn erklärte: „Es bestehen weiter Risiken zum Nachteil des europäischen Haushaltes.“

> **Corona-Aufbaufonds:** Parallel billigte die Kommission Ungarns Investitionsvorhaben aus dem Corona-Aufbauprogramm RRF. Dombrovskis erklärte: „Der ungarische Plan wird den grünen und digitalen Wandel vorantreiben und seine wirtschaftliche, soziale und institutionelle Widerstandsfähigkeit stärken.“ Die Auszahlung der bewilligten Zuschüsse von 5,6 Milliarden Euro ist aber ebenfalls an die Umsetzung rechtsstaatlicher Vorhaben gebunden und vorerst ausgesetzt.

Insgesamt identifizierte die EU-Kommission 27 Kernelemente der Reformen in Bereichen wie Rechtsstaatlichkeit, Anti-Korruptionskampf, Transparenz und faire Verfahren bei öffentlichen Ausschreibungen – sogenannte Super-Etappenziele. EU-Währungskommissar Paolo Gentiloni erklärte: „Es besteht kein Zweifel: Es werden keine Mittel

für Ungarn freigegeben, bis alle 27 Meilensteine in Bezug auf richterliche Unabhängigkeit und zum Schutz des EU-Haushalts respektiert werden.“

Reynders sagte: „Erst wenn diese Reformen vollständig umgesetzt sind, wird der Zugang zum EU-Konjunkturprogramm freigeschaltet.“ Allein vier Etappenziele beziehen sich auf Reformen im Justizsystem.

“ **Rechtsstaatlichkeit ist der Kitt, der unsere Union zusammenhält, sie ist das Fundament unserer Einheit.** ”

Reynders mahnte insbesondere die Umsetzung gesetzlicher Regelungen zur Wahrung der Unabhängigkeit des obersten Gerichts in Ungarn an. Auch auf das Recht für ungarische Richter, zur Klärung von Rechtsfragen direkt den Europäischen Gerichtshof (EuGH) anzurufen, pochte der Justizkommissar. Die Mitgliedstaaten müssen nun bis zum 19. Dezember über die Vorschläge der Kommission entscheiden.

Der Konditionalitäts-Mechanismus zum Schutz des europäischen Haushaltes wurde 2021 eingeführt. Die Mitgliedstaaten hatten sich auf das Verfahren im Jahr zuvor im Zuge der Beratungen über den Corona-Aufbaufonds verständigt. Insgesamt stellt die EU rund 750 Milliarden Euro bereit, um die Folgen der Pandemie zu überwinden. Kernelement ist der Aufbaufonds RRF mit 672,5 Milliarden Euro. Von diesen Mitteln werden 312 Milliarden Euro an die Mitgliedstaaten als Zuschüsse vergeben. Weitere 360 Milliarden Euro stehen als zinsgünstige Darlehen bereit. (pr) >|

Erst wenn Ungarn die angemahnten rechtsstaatlichen Reformen umgesetzt hat, will die EU weitere Fördergelder auszahlen.

Ursula von der Leyen,
Präsidentin der EU-Kommission

■ **Konditionalitätsmechanismus**

EUROPA VOR ORT

Nach der EU-Kommission setzt auch Berlin in der **Europapolitik** auf den **Basis-Dialog**

Die EU hat es vorgemacht. Jetzt ergänzt Berlin die europäische Debatte mit einem Online-Bürgerdialog zu Europa. „Rückkopplung der Politik ist wichtig“, sagt Marlene Schrefler. Die 33-jährige Berlinerin war eine der Teilnehmerinnen am Berliner Basisdialog „Europa, jetzt wird's konkret.“



© Initiative offene Gesellschaft

Beim Berliner Bürgerdialog und in vielen Veranstaltungen der Berliner Stadtbezirke haben die Teilnehmenden über die Zukunft der Europäischen Union diskutiert und ihre Ideen, Vorstellungen und Wünsche eingebracht.

Nachhaltige Konferenz

Im Dezember fand in Brüssel eine Feedback-Veranstaltung zur Konferenz zur Zukunft Europas statt. Vertreterinnen und Vertreter von EU-Kommission, Mitgliedstaaten und Europäischem Parlament stellten sich Fragen von Europäerinnen und Europäern und berichteten über die Umsetzung der Empfehlungen des Basisdialogs. So steht etwa eine Überarbeitung der Tierschutzvorschriften an. Dubravka Šuica, Vize-Präsidentin der EU-Kommission, sagte: „Die Schlussfolgerungen der Konferenz sind der Beginn eines neuen Kapitels in der europäischen Politikgestaltung.“ Konkret werden Bürgerforen 2023 zum Beispiel bei Initiativen zur Lernmobilität und zu virtuellen Welten eingebunden.

> Auf Initiative von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte die EU im vergangenen Jahr die Konferenz zur Zukunft Europas gestartet. In vier Basisforen mit je 200 per Los ausgewählten Diskutanten wurden europäische Zukunftsthemen erörtert. Von der Außenpolitik über Klimaschutz bis hin zu unnötiger Lebensmittelverschwendung wurden die Ergebnisse der Debatten in 49 Kernpunkten zusammengefasst. Zum Abschluss der Beratungen im Mai hatte von der Leyen erklärt: „Sie haben uns gesagt, wohin sich Europa bewegen soll. Jetzt liegt es an uns, den direkten Weg dorthin einzuschlagen.“

In Berlin startete der Berliner Senat im Herbst eine lokale Debatte zur Zukunft Europas. Ziel des lokalen Bürgerforums: Die Beratungen auf EU-Ebene durch Anregungen auf lokaler Ebene ergänzen. So ging es in Berlin darum, parallel zum europäischen Prozess konkrete lokale Ideen zu entwickeln, etwa zum Thema Barrierefreiheit oder Gleichheit der Geschlechter. Marlene Schrefler äußerte sich zum Beispiel zu Themen wie mentaler Gesundheit und Barrierefreiheit. Sie sagt: „Teilhabe ist mir wichtig. Es ist schon krass, dass der Nahverkehr in Berlin nicht barrierefrei ist. Das schließt viele Menschen vom Zugang zum öffentlichen Leben einfach aus.“

Nächste Runde im kommenden Jahr

Im kommenden Frühjahr geht der Berliner Dialog in die nächste Runde. In Projektlaboren diskutieren Berlinerinnen und Berliner mit Fachleuten aus Forschung und Verwaltung über die Umsetzbar-

keit ihrer Ideen. Die EU-Kommission zog aus den Ergebnissen der Konferenz zur Zukunft Europas bereits erste Konsequenzen. In ihrer diesjährigen Rede zur Lage der Union kündigte von der Leyen eine Initiative zur psychischen Gesundheit an. Marlene Schrefler begrüßt den Vorstoß und sagt: „Ich finde das gut, psychische Krankheiten werden in der Öffentlichkeit noch vielfach stigmatisiert.“

Schrefler arbeitet in einem Start-up. Sie hat Skandinavistik studiert und zeitweise in Norwegen gelebt. Ein Europa ohne Grenzen bedeutet ihr viel. Sie sagt über die EU: „Die europäische Zusammenarbeit ist wichtig. Viele politische Fragen lassen sich einfach nicht auf nationaler Ebene lösen. Vom Klimaschutz bis zur Pandemiebekämpfung.“ Auch deshalb bringt sie sich in der Berliner Debatte ein.

Bis Ende November waren die Online-Foren geschaltet. Organisiert wird die Berliner Debatte von Make.org, das in Deutschland und Frankreich viele Dialoge zwischen Ministerien und Bürgerinnen und Bürgern moderierte. Im Zuge der Konferenz zur Zukunft Europas hatte Make.org drei Online-Konsultationen mit rund 120.000 Teilnehmenden organisiert. Sarah Delahaye, Geschäftsführerin von Make.org in Deutschland, sagt: „Bei Make.org sind wir überzeugt, dass positive Veränderungen auf gesellschaftlicher Ebene nur dann entstehen können, wenn sie für alle offen sind und die Bürgerinnen und Bürger in ihrer ganzen Vielfalt die Möglichkeit haben, sich die Themen zu eigen zu machen.“ Sie sieht in den Basisforen einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie und erklärt: „Angesichts des wachsenden Misstrauens der Bürgerinnen und Bürger gegenüber den politischen Institutionen haben wir uns für die partizipative Demokratie entschieden, um die repräsentative Demokratie zu stärken, sie neu zu beleben und sie den Menschen näherzubringen.“

Auch von der Leyen lobt Basisforen wie die Konferenz zur Zukunft Europas. Die Präsidentin kündigte bereits an, den Basisdialog zu verstetigen. Sie erklärte: „Die Bürgerforen, die für die Konferenz von zentraler Bedeutung waren, sollen nun zu einem regulären Bestandteil unseres demokratischen Lebens werden.“ Europa wächst. Von unten. (pr) >|

Europa, jetzt wird's konkret

Europa in Zahlen

69

Prozent beträgt der Anteil der innovativen Unternehmen in Deutschland. Damit liegt die Bundesrepublik gemeinsam mit Finnland auf Platz 3 in der Europäischen Union hinter Griechenland (73 Prozent) und Belgien (71 Prozent). Das geht aus dem Innovationsbarometer – Community Innovation Survey (CIS) – hervor, den die europäische Statistikbehörde Eurostat für den Zeitraum von 2018 bis 2020 vorlegte.

Ermittelt wurden für die Erhebung signifikante Innovationen bei Produkten oder erhebliche Neuerungen im Betriebsablauf. EU-weit lag die Quote der innovativen Unternehmen demnach im Durchschnitt bei 53 Prozent.

I Innovationsreport

Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 13.12.2022 19.00 Uhr	„Angeschlagene Wirtschaftskreisläufe: Europäisierung statt Globalisierung?“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Georg-von-Vollmar-Akademie	Online	www.vollmar-akademie.de/programm/
> 14.12.2022 15.00–16.30 Uhr	„DOKULIVE in Bremerhaven“ Multimediashow Veranstalter: EuropaPunktBremen	Johann-Gutenberg-Schule Fuhrenweg 3 27578 Bremerhaven	https://europapunktbremer.de/events/dokulive-in-bremer-und-bremerhaven/
> 14.12.2022 19.30–21.00 Uhr	„Europäischer Salon. Klimawandel, Krieg und Globalisierung – Was für eine EU brauchen wir für die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts?“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europa-Union Sachsen, Volkshochschule Dresden	Volkshochschule Dresden Annenstraße 10 01067 Dresden	www.vhs-dresden.de/programm/mensch-und-gesellschaft.html/kurs/598-C-22H1106/t/
> 15.12.2022 18.00–22.00 Uhr	„Life to the Limit. Worum es für die Ukraine und uns in diesem Krieg geht“ Filmvorstellung und Podiumsdiskussion Veranstalter: Konrad-Adenauer-Stiftung, Botschaft der Ukraine in Deutschland	Delphi Filmpalast am Zoo Kantstraße 12A 10623 Berlin	www.eab-berlin.eu/de/veranstaltung/15-12-2022/life-limit
> 15.12.2022 19.00–21.00 Uhr	„Wie steht es um die Europäische Souveränität?“ Lesung und Diskussion Veranstalter: Joachim Schuster (MdEP), EuropaPunktBremen	EuropaPunktBremen Am Markt 20 28195 Bremen	https://europapunktbremer.de/events/wie-steht-es-um-die-europaeische-souveraenitaet/
> 16.12.2022 10.30 Uhr	„Sakharov Prize Event: Ukraine Testifies – Russian war crimes and the accountability space in Ukraine“ Filmvorführung und Diskussion (in Englisch) Veranstalter: Botschaft der Ukraine, Europäisches Parlament – Verbindungsbüro in Deutschland	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	events.berlin@mfa.gov.ua

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2022

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bertha-von-Bentheim-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



NEUES EUROPÄISCHES BAUHAUS

Bewerbungsphase für die Preise 2023 beginnt

Ab sofort nimmt die EU-Kommission Bewerbungen für die Preise zum Neuen Europäischen Bauhaus 2023 entgegen. Wie in den vergangenen beiden Jahren, in denen mehr als 3.000 Bewerbungen aus allen EU-Mitgliedstaaten eingingen, werden im Rahmen des Wettbewerbs im kommenden Jahr 15 beispielhafte Initiativen ausgezeichnet, die Nachhaltigkeit, Ästhetik und Inklusivität – die drei zentralen Werte des Neuen Europäischen Bauhauses – miteinander verknüpfen. Mit den Preisen 2023 werden bestehende Projekte sowie von jungen Talenten entwickelte Konzepte in vier Kategorien ausgezeichnet: Rückbesinnung auf die Natur, Wiedererlangung des Zugehörigkeitsgefühls, Vorrang für Orte und Menschen, die am meisten Unterstützung benötigen, sowie das Einplanen langfristiger Lebenszyklen in den industriellen Ökosystemen. Bewerbungen können bis zum 31. Januar 2023 eingereicht werden.



■ *Bauhaus-Preise 2023*

FORSCHUNGSPROGRAMM HORIZONT EUROPA

„Junge Beobachter“ gesucht

Im Rahmen des Europäischen Jahres der Jugend 2022 nehmen Masterstudierende in der EU als „Junge Beobachter“ an der Bewertung von Vorschlägen für das Forschungsprogramm Horizont Europa teil und sind in den Auswahlprozess für EU-Fördermittel einbezogen. Die Kommission hat die ersten 51 Studierenden bekanntgegeben, die als „Junge Beobachter“ ausgewählt wurden. Vier kommen aus Deutschland. Noch bis zum 21. Dezember können sich Studierende bewerben, die derzeit an einer Universität in einem EU-Mitgliedstaat in einem Masterstudiengang eines beliebigen Fachgebiets eingeschrieben sind.

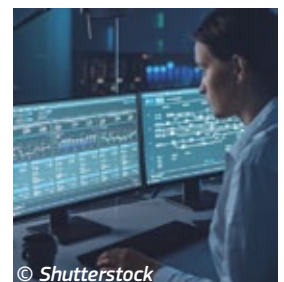


■ *Bewerbung als „Junge Beobachter“*

GESETZ ÜBER DIGITALE DIENSTE

Neues Europäisches Zentrum für Algorithmische Transparenz

Nach dem Inkrafttreten des Rechtsakts über digitale Dienste (DSA), der neuen wegweisenden EU-Vorschrift für ein sichereres und verantwortungsvolleres Online-Umfeld, richtet die Gemeinsame Forschungsstelle (GFS) der Kommission ein Europäisches Zentrum für Algorithmische Transparenz (ECAT) ein. Es wird die Durchsetzung der neuen Regeln mit technischem und wissenschaftlichem Fachwissen auf höchstem Niveau unterstützen. Das ECAT wird seinen Hauptsitz am GFS-Standort in Sevilla haben und außerdem Mitarbeiter in Brüssel und Ispra (Italien) beschäftigen. Es soll im ersten Quartal 2023 voll einsatzfähig sein und sich zu einem Zentrum für die internationale Forschung auf dem Gebiet der Analyse algorithmischer Systeme entwickeln. Um sicherzustellen, dass die Kommission mit den besten Talenten auf diesem Gebiet ausgestattet ist, hat die GFS eine Rekrutierungskampagne für Experten in den Bereichen Datenwissenschaft, algorithmisches Design, algorithmische Prüfung und anderen eng damit verbundenen Bereichen gestartet. Bewerbungen sind bis zum 9. Januar 2023 möglich.



■ *Neues Zentrum ECAT*

4,2 MILLIARDEN EURO JAHRESBUDGET

Aufforderungen für Erasmus+ 2023 gestartet

Mit einem Jahresbudget von 4,2 Milliarden Euro intensiviert Erasmus+ im kommenden Jahr seine Unterstützung für Inklusion, aktive Bürgerschaft und demokratische Teilhabe sowie den ökologischen und digitalen Wandel in der EU und auf internationaler Ebene. Die EU-Kommission fordert jetzt zur Einreichung von entsprechenden Vorschlägen auf. Da der wichtigste Faktor bei Erasmus+ die Mobilität ist, fördert das Programm auch 2023 die Mobilität von Schülerinnen und Schülern, Studierenden, Menschen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung, jungen Menschen in nichtformalen Lernprogrammen sowie von Erziehungspersonal über Grenzen hinweg und im Sinne einer europäischen Bildungs- und Ausbildungserfahrung. Ab dem kommenden Jahr wird das Programm auch Sporttrainerinnen und Sporttrainer bei der Teilnahme an Mobilitätsprojekten unterstützen und so die europaweite Zusammenarbeit direkt auf lokale Breitensportorganisationen und deren Personal ausdehnen.

■ *Erasmus+ 2023*